

Berlin Brief

VON JOSIP JURATOVIC,
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



AUSGABE 186, 16. OKTOBER 2015

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,*

diese Woche erreichte die Aggressivität gegen die Flüchtlingspolitik unserer Bundesregierung eine neue Dimension: Auf der **Pegida-Demonstration in Dresden** hielten Teilnehmer einen selbst gebastelten Galgen in die Luft. Daran zwei Stricke. Der eine beschriftet mit Angela Merkel, der andere mit Sigmar Gabriel. – Das ist Volksverhetzung. Menschen, die so etwas machen oder gutheißen, müssen wir nicht verstehen. Mit Pegida marschiert die äußerste Rechte unseres Landes.

Wir müssen aber mit unserer **Flüchtlingspolitik** Lösungen bieten, von denen wir die große Mehrheit der Bevölkerung überzeugen können. Denn einerseits ist es unsere moralische Pflicht, Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. Asyl ist und bleibt ein Grundrecht! Andererseits wird die Integration von Flüchtlingen unsere Gesellschaft zwar zunächst etwas kosten – doch dies werden gut integrierte künftige Beitragszahlerinnen und -zahler unserer Gesellschaft mehrfach zurückgeben. Der Zuzug mehrheitlich junger Menschen ist gut für uns. Sie wirken den negativen Folgen unserer alternden Gesellschaft entgegen, der zunehmend die Arbeitskräfte fehlen.

Trotzdem werde ich immer wieder von Menschen angesprochen, die mir von ihrer Angst vor Überfremdung berichten. Dazu möchte ich sagen: Wenn jemand vor Krieg

Bürgerbüro Josip Juratovic
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
07131/783616

josip.juratovic@bundestag.de

www.juratovic.de

www.facebook.com/josipjuratovic

**EIN AUSZUG AUS MEINEM
TERMINKALENDER –
ICH FREUE MICH, SIE ZU
TREFFEN:**

**SPD-Kreisvorstand
Heilbronn-Land**
*Mo. 19.10., 19 Uhr
Heilbronn,
SPD-Regionalgeschäftsstelle*

**Information vor Ort über
Ortsumgehung Jagstfeld mit
Annette Sawade MdB, Mitglied
im Verkehrsausschuss**
*Do. 22.10., 8:15 Uhr
Bad Friedrichshall*

**Festveranstaltung
20 Jahre Arkus gGmbH**
*Fr. 23.10., 11 Uhr
Heilbronn*

**SPD-Kreisdelegiertenkonferenz
Heilbronn-Land**
*Fr. 23.10., 19 Uhr
Obersulm-Sülzbach,
Gemeindehalle*

Jazz in der Altstadt
*Sa. 24.10., 19.30 Uhr
Eppingen, Brauerei Palmbräu*

*Berlin-Brief abonnieren? Mail an
josip.juratovic@bundestag.de!*

oder einem furchtbaren Regime *bewusst zu uns* flieht, kann er oder sie uns doch eigentlich nicht besonders fremd sein. Wahr ist aber auch: Wenn Einwanderer am Anfang Ablehnung oder gar Hass erfahren, ist die Gefahr groß, dass sie sich in Parallelgesellschaften einigeln. Wenn sie hingegen willkommen geheißen werden, gehören sie bald ganz und gar als Bereicherung zu unserer Gesellschaft.

Wir müssen von Anfang an die richtigen Weichen stellen, damit sich die anerkannten Asylbewerberinnen und -bewerber rasch in Deutschland integrieren. Sprache, Bildung und Ausbildung sowie ausreichend Wohnraum sind hierfür elementare Voraussetzungen. Gleichzeitig müssen wir unmissverständlich die Werte unserer Verfassung vermitteln: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung sind unverrückbares Fundament für ein friedliches Zusammenleben, sie gelten uneingeschränkt für alle in unserem Land.

Es ist klar, Integration ist eine Herausforderung, die nicht immer reibungsfrei gelingt. Entscheidend ist, dass Konflikte offen angesprochen und im konstruktiven Dialog gelöst werden. Nur auf diese Weise entziehen wir Hetzern und Demagogen den Nährboden. Gleichzeitig müssen wir soziale Verteilungskonflikte verhindern. Flüchtlinge und Einheimische dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Weder auf dem Wohnungsmarkt noch im Arbeitsleben! Deshalb wird es mit uns keine Aufweichung des Mindestlohns geben. Und deshalb ist es so wichtig, dass wir im Rahmen des **Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes** mehr finanzielle Mittel für den Wohnungsbau und die Kinderbetreuung durchgesetzt haben, von denen alle profitieren. Das Gesetz mit diesem sperrigen Namen haben wir gestern in abschließender Lesung beschlossen; auf Details bin ich im [Berlin-Brief vor zwei Wochen](#) eingegangen.

Nach wie vor kümmern wir uns natürlich um andere Aufgaben. Heute Morgen verabschiedeten wir das viel diskutierte Gesetz zur **Vorratsdatenspeicherung**. Damit geben wir den staatlichen Ermittlungsbehörden bei besonders schweren Straftaten ein zusätzliches Instrument an die Hand. Gleichzeitig wird die Privatsphäre geschützt und die grundgesetzlichen und EU-rechtlichen Vorgaben eingehalten. Die Provider müssen bei der Speicherung zudem höchstmögliche Sicherheit der Daten gewährleisten. Die Speicherung muss im Inland erfolgen. Die Speicherfrist von Verkehrsdaten soll dabei auf nur zehn Wochen beschränkt werden. Kommt der Provider der Löschverpflichtung nicht nach, gibt es Geldbußen. Die Anbieter müssen die Daten zudem gegen unbefugte Kenntnisnahme und Verwendung schützen. Auch für den Zugriff auf die gespeicherten Daten bestehen hohe Hürden: Ein Abruf darf nur bei einzeln aufgelisteten besonders schweren Straftaten und nur nach vorheriger Genehmigung durch einen Richter erfolgen. Wenn Daten abgerufen werden, müssen die Betroffenen grundsätzlich darüber informiert werden. Auch der Missbrauch von Daten soll vermieden werden. Es wird ein neuer Straftatbestand der „Datenhehlerei“ geschaffen – und damit eine Strafbarkeitslücke geschlossen. Das Gesetz wird zudem, so wie es die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf ihrem letzten Parteikonvent beschlossen haben, hinsichtlich seiner Wirksamkeit, aber auch der Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach drei Jahren evaluiert.

Mit freundlichen Grüßen

